

Entsteht im Odenwaldkreis erfolgreiche Gemeindefusion?

Machbarkeitsstudie für vier Kommunen der „Oberzent“ liegt vor

Von Felix Hüll

Beerfelden/Oberzent. Im südlichen Odenwaldkreis haben rund 10 200 Bürger jetzt eine besondere Adventslektüre erhalten: eine Machbarkeitsstudie schildert auf 100 Seiten, welche Wege sie aus der Finanz- und Gestaltungsmissere ländlicher hessischer Kommunen führen könnten. Nach den Parlamentariern der Stadt Beerfelden und den Gemeinden Rothenberg, Sensbachtal und Hesseneck ist gestern die Öffentlichkeit über die Ergebnisse der Studie unterrichtet worden. Ab Freitag können alle Interessierten die Ergebnisse für die bislang vier selbstständigen Gemeinden unter www.oberzent.info einsehen.

Studenten der Hochschule für Polizei und Verwaltung Mühlheim/Main haben in einem Projekt des Politikberaters Thomas Fiedler für den historischen Raum der Oberzent (einst ein Bezirk der Grafschaft Erbach) drei Varianten untersucht, wie dieses Gebiet künftig gegliedert sein und verwaltet werden soll:

„Variante 0“ sieht vor, dass die vier Kommunen eigenständig bleiben und ihre bisherige bereits enge Zusammenarbeit (u.a. einheitliche Finanz- und Kassengeschäfte, gemeinsame EDV) noch verstärken. „Variante 1“ ist ein zu bildender Gemeindeverwaltungsverband, „Variante 2“ eine Fusion zu einer Gesamtgemeinde Oberzent. Sie zählte mit 165 Quadratkilometern zu den größten Flächengemeinden Hessens nach Frankfurt und Wiesbaden.

Bei einer Fusion ließen sich sowohl Einsparpotenziale nutzen durch Bilden einer einheitlichen Stadtgemeinde-Verwaltung und gleichzeitig Zuwendungsvorteile ziehen wie etwa Entschuldungs- und Fördermittelhilfen des Landes Hessen wie auch der Europäischen Union. Bei einem Gemeinderwaltungsverband

ergäben sich zusätzliche Strukturen bei durchaus möglichen Einsparungen, bei einem Beibehalten der Ist-Situation sind Gebührenerhöhungen absehbar, um die finanzielle Notlage besonders einiger der vier Kommunen angesichts der Landflucht, demografischem Wandels und der Notlage hessischer Kommunalfinanzierung in den Griff zu bekommen.

Ohne die politische Willensbildung beeinflussen zu wollen macht die Studie deutlich, dass eine Fusion nachweislich einen „eindeutig signifikanten Vorteil“ darstelle. Bei einem Gemeindeverwaltungsverband wäre dies so nicht der Fall.

Vorteile: Geld und Gestaltungsfreiheit

Studienbetreuer Fiedler benannte aber auch als eindeutigen Nachteil einer Fusion, dass bei mehrfach vergebenen gleichen Straßennamen man sich in der Gesamtgemeinde auf ein nur einmaliges Vorkommen verständigen müsse.

Von den Parlamentariern habe niemand die ökonomischen Vorteile und die Möglichkeiten künftiger Gestaltungsfreiheit angezweifelt, berichtete gestern der Alt-Landrat des Odenwaldkreises, Horst Schnur. Er begleitet die Fusionsdebatte als eine Art Motivator. Zentrale Frage der Kommunalpolitiker sei die Sorge um die emotionale Bindung an eine kommunale Einheit, die in einer als unüberschaubar und fremd empfunden größeren Einheit aufgehen solle. Hier wollen die Bürgermeister und der Altlandrat jetzt in Bürgerversammlungen auf derartige Sorgen eingehen.

Am 15. Dezember beschließen nun die vier Ortsparlamente, ob mit der hessischen Kommunalwahl am 6. März 2016 gleichzeitig ein Bürgerentscheid über die Fusion zu einer Gesamtgemeinde angesetzt wird. Falls ja, und falls die Bürger dann auch Ja sagen, werden die im März noch mal neu gewählten vier Gremien den Fusionsprozess weiter vorantreiben.